



Bürgschaft direkt

Antragsunterlagen

Sie haben Fragen oder benötigen Unterstützung bei der Beantragung einer Bürgschaft direkt?

Bitte rufen Sie uns an!

Das Team des Vertriebsmanagements der SIKB hilft Ihnen gerne weiter.

Bürgschaft direkt

Benötigte Unterlagen

Bitte reichen Sie uns die nachstehenden Unterlagen vollständig ein und Sie erhalten unsere Entscheidung innerhalb weniger Tage:

beigefügt

1. Unterzeichnete Antragsformulare inklusive Bestätigung der Hausbank über das Nichtvorliegen von Negativmerkmalen (Antrag Bürgschaft direkt, De-Minimis- und Kumulierungs-Erklärung, Rating-Fragebogen der SIKB)	<input type="checkbox"/>
2. Kundenstammdaten inklusive Legitimationsdaten (Aktueller Handelsregisterauszug mit Gesellschafterliste, Kopie Gesellschaftervertrag, Kopie Personalausweise der vertretungsberechtigten Personen)	<input type="checkbox"/>
3. Kopie der Kreditbewilligung und positivem Votum der Hausbank (inklusive Vorhabensbeschreibung, Allgemeine Angaben zum Unternehmen, zahlenmäßige Engagementdarstellung und Ratingeinstufung mit Ausfallwahrscheinlichkeit)	<input type="checkbox"/>
4. Berechnung der Hausbank, dass die Kapitaldienstfähigkeit unter Berücksichtigung der Belastungen aus der geplanten Neuinvestition auf IST-Basis gegeben ist	<input type="checkbox"/>
5. Daten des zu verbürgenden Kredits (ggf. Berechnung beifügen)	<input type="checkbox"/>
6. Sicherheitendaten	<input type="checkbox"/>
7. Jahresabschlüsse/ Einnahmen-Überschussrechnungen der beiden letzten Geschäftsjahre (letzter Abschluss nicht älter als 18 Monate)	<input type="checkbox"/>
8. Aktuelle aussagekräftige BWA mit Summen- und Saldenliste (nicht älter als 3 Monate)	<input type="checkbox"/>
9. Aktuelle Selbstauskunft	<input type="checkbox"/>

Bürgschaftsbank Saarland GmbH
Postfach 10 27 22
66027 Saarbrücken

Einreichendes Kreditinstitut:	
Aktenzeichen:	
Bearbeiter:	
Telefondurchwahl:	

Bürgschaft direkt

Antrag auf Übernahme einer 60%igen Ausfallbürgschaft

1. Kreditnehmer / Unternehmen

Name, Vorname oder Firma	
Anschrift (PLZ, Ort, Straße)	
Investitionsort (PLZ, Ort, Straße)	
Gegenstand des Unternehmens	
Gründungsdatum (Mindestalter 3 Jahre)	
Anzahl Beschäftigte (in Vollzeitäquivalent)	jetzt: _____ zukünftig: _____

2. Zu verbürgende Kredite

Verbürgungsgrad: **60 %** bis max. 100.000 € Bürgschaft je Vorhaben

Mittelherkunft	Kreditbetrag	Zinssatz	Auszahlung	Laufzeit	davon Freijahre	Tilgung p.a:
	€	%	%			
	€	%	%			

Die beigefügte Kreditberechnung ist Bestandteil dieses Antrages.

3. Verwendung der Kredite/ Vorhabensbeschreibung:

4. Sicherheiten

Alle Sicherheiten haften grundsätzlich anteilig und gleichrangig für den verbürgten und nichtverbürgten Anteil.

Als Sicherheiten sind vorgesehen (bitte ankreuzen):

- persönliche Haftung des Unternehmers/Gesellschafters
- Sicherungsübereignung des finanzierten Anlagegutes bzw.
- (nachrangige) Grundschuld im Falle von Immobilienfinanzierung
- sonstige vereinbarte Sicherheiten: _____

5. Erklärung des Kreditinstituts

Der vorstehende Antrag wird auf der Grundlage der Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen Kredit (ABB) der Bürgschaftsbank Saarland GmbH gestellt, die wir hiermit anerkennen.

Wir bestätigen, dass

- die zu verbürgenden Kredite bisher nicht gewährt sind
- es sich nicht um eine Umschuldung handelt
- keine Leistungsstörungen vorliegen
- keine Pfändungen vorliegen
- keine ungeregelten Überziehungen vorliegen
- keine negativen Schufamerkmale oder sonstige Negativmerkmale vorliegen
- kein Verbindlichkeitsüberhang (Überschuldung) lt. Selbstauskunft vorliegt

Wir erklären uns bereit der Bürgschaftsbank Saarland GmbH, auf deren Anforderung hin, Auskünfte über die gesamte Geschäftsverbindung mit dem Kreditnehmer zu erteilen.

Die Subventionserheblichkeit der im Antrag angegebenen Tatsachen im Sinne von § 264 StGB ist uns bekannt.

Bei Existenzgründungs- und Nachfolgefinanzierungen haben wir das Formular „Einwilligung zur Einholung einer SCHUFA-Auskunft“ (abrufbar unter www.bbs-saar.de) vom Kreditnehmer unterschreiben lassen und zu unseren Kreditunterlagen genommen. Der Bürgschaftsbank werden wir auf Verlangen das Original oder eine Kopie zusenden. Wir nehmen, nachdem die Forderung nach einer Inanspruchnahme der Bürgschaftsbank auf diese übergegangen sein wird und solange wir die Betreuung der Forderung für diese betreiben, die Meldepflichten gegenüber der SCHUFA auch für die Bürgschaftsbank unter unserer eigenen SCHUFA-Kennziffer (FKZ) wahr.

Wir übernehmen die Haftung für die seitens des Kreditnehmers entsprechend dem Preis- und Konditionenverzeichnis der Bürgschaftsbank Saarland GmbH (abrufbar unter www.bbs-saar.de) zu zahlenden Provisionen. Im Falle der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Kreditnehmers besteht die Haftung des Kreditgebers für die Provisionen unbeschadet der gesetzlichen Regelungen fort.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des Kreditinstituts

6. Erklärung des Kreditnehmers

Ich habe die Allgemeinen Bürgschaftsbestimmungen Kredit (ABB) der Bürgschaftsbank Saarland GmbH erhalten und erkenne diese an.

Ich verpflichte mich, die für die Ausfallbürgschaft, gemäß dem Preis- und Konditionenverzeichnis der Bürgschaftsbank Saarland GmbH (abrufbar unter www.bbs-saar.de), zu zahlenden Provisionen zu begleichen.

Daneben verpflichte ich mich, mein betriebliches Rechnungswesen so geordnet zu halten, dass jederzeit eine Überprüfung der Umsätze, der Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage möglich ist, sowie dem Kreditgeber nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres einen Jahresabschluss oder, wenn eine Bilanz nicht erstellt wird, eine Einnahme-, Überschussrechnung und eine Übersicht der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten so bald als möglich vorzulegen; auf die Verpflichtung des § 18 KWG wird verwiesen. Ich werde die Privatentnahmen, Gewinnausschüttungen oder Vergütungen der Gesellschafter-Geschäftsführer so bemessen, dass die Verzinsung und Tilgung der Kreditverpflichtungen nicht gefährdet werden und eine angemessene Eigenkapitalbildung möglich ist.

Der Verwendung der von mir gestellten Sicherheiten gem. Ziffer 4 stimme ich ausdrücklich zu. Dasselbe gilt für den Sicherungsgeber, falls dieser nicht mit dem Kreditnehmer identisch ist.

Die Abwicklung der Geschäfte der Bürgschaftsbank erfolgt aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die Saarländische Investitionskreditbank AG (SIKB).

Einwilligung in die Erhebung, Verarbeitung, Übermittlung und Nutzung personenbezogener Daten

Gemäß § 4 BDSG ist die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten nur zulässig, soweit dieses Gesetz oder eine andere Rechtsvorschrift dies erlaubt bzw. anordnet oder der Betroffene eingewilligt hat.

Damit mich/uns auch das Landesförderinstitut des Saarlandes, die Saarländische Investitionskreditbank AG (SIKB), in allen Fragen rund um das Fördergeschäft (bspw. Kredite, Bürgschaften, Beteiligungen) umfassend beraten kann, bin ich / sind wir damit einverstanden, dass meine / unsere Hausbank der SIKB die für die Aufnahme und Durchführung der Beratung erforderlichen Angaben zur dortigen Datenverarbeitung und Nutzung übermittelt. In diesem Rahmen entbinde ich die Hausbank vom Bankgeheimnis. Dies gilt auch für die von mir / uns zur Verfügung gestellten Daten, die Dritte betreffen (bspw. Vorbetreiber bei Betriebsübernahmen). Ich bestätige / wir bestätigen, dass mir / uns eine Einwilligung des Dritten zur Weitergabe und Verarbeitung dieser Daten vorliegt.

Ich / Wir willige(n) ein, dass meine / unsere in diesem Antrag erhobenen personenbezogenen Daten - soweit dies nicht bereits durch Gesetz gestattet oder vorgeschrieben ist - unter Beachtung der Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Vertragsdurchführung und Vertragsbeendigung von der SIKB gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Ich bin / Wir sind damit einverstanden, dass diese Daten – soweit dies zu den vorgenannten Zwecken erforderlich ist – an meine / unsere Hausbank sowie Kreditinstitute und sonstige Stellen, die mit der (Re-)Finanzierung betraut bzw. in die (Re-)Finanzierung eingebunden sind (bspw. Hausbank, KfW, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes, Landwirtschaftliche Rentenbank, Kammern, Verbände) übermittelt und von diesen zu den vorgenannten Zwecken gespeichert, verarbeitet und genutzt werden.

Ich bin / Wir sind damit einverstanden, dass die in diesem Antrag erhobenen personenbezogenen Daten durch die SIKB auch für volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und statistische Analysen gespeichert, genutzt sowie an die entsprechenden Ministerien des Saarlandes zur Beantwortung externer Anfragen (bspw. seitens Kommunen, Verbänden, Kammern) weitergeleitet werden. Diese Einwilligung ist freiwillig. Eine nicht erteilte Einwilligung kann jedoch zur Folge haben, dass die Geschäftsbeziehung nicht zustande kommt.

Gemäß Geldwäschegesetz (GWG) ist die Bürgschaftsbank Saarland verpflichtet, den Status „Politisch exponierte Person“ ihrer Bürgschaftsnehmer und deren wirtschaftlichen Berechtigten (soweit vorhanden) zu bestimmen. Die Definition „Politisch exponierte Person (PEP)“ findet sich in § 1 Abs. 12-14 Geldwäschegesetz.

In Kenntnis dieser Definition erklärt der Antragsteller folgendes:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich bin keine Politisch exponierte Person | <input type="checkbox"/> Ich bin eine Politisch exponierte Person |
| <input type="checkbox"/> Der / die wirtschaftlich Berechtigte/n ist / sind keine Politisch exponierte/n Person/en | <input type="checkbox"/> Der / die wirtschaftlich Berechtigte/n ist / sind eine Politisch exponierte Person/en |

Name wirtschaftlich Berechtigter mit PEP-Status:

Falls ja, nähere Angaben zu meiner Funktion / Rolle bzw. zur Funktion des unmittelbaren Familienmitgliedes/ der mir nahestehenden Person, die ein wichtiges öffentliches Amt ausübt oder ausgeübt hat bzw. zur Funktion des wirtschaftlich Berechtigten:

Sollte sich die vorgenannte Situation ändern, werde ich die Bürgschaftsbank Saarland unverzüglich informieren.

Mir ist bekannt, dass den Bürgschaften der Bürgschaftsbank Subventionen der öffentlichen Hand zugrunde liegen. Ich bin darüber unterrichtet, dass meine Angaben der Hausbank und der Bürgschaftsbank gegenüber zur Person und zur Firma, zur Betriebsstätte und zum Investitionsort, zum Vorhaben und zur Finanzierung, zu gewerblichen und privaten Eigentums- und Vermögensverhältnissen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind.

Bei der Kreditaufnahme handele ich auf eigene Rechnung.

Ich versichere, alle Angaben wahrheitsgemäß gemacht zu haben und etwaige Änderungen während einer laufenden Geschäftsbeziehung mit der Bürgschaftsbank unverzüglich unaufgefordert anzuzeigen.

Ort, Datum

Unterschrift des Kreditnehmers/Firmenstempel

De-minimis-Erklärung des Antragstellers

im Sinne der EU-Verordnungen für De-minimis-Beihilfen
Anlage zum Kredit-/Beratungs-/Beteiligungsantrag

1. Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Antragsteller/Unternehmen¹: _____

Investitionsort: _____

Das Unternehmen ist im Bereich des gewerblichen Straßengüterverkehrs tätig: JA NEIN

2. Definitionen und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen und mit ihm relevant verbundene Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten haben.

Relevant verbundene Unternehmen (und daher „ein einziges Unternehmen“ im Sinne der De-minimis-Verordnung) sind für die Zwecke von De-minimis-Beihilfen alle Unternehmen, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuwählen,
- ein Unternehmen ist aufgrund eines Vertrages oder einer Klausel in der Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als "ein einziges Unternehmen" betrachtet.

Die im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren durch Fusion oder Übernahme dem neuen bzw. übernehmenden Unternehmen zuzurechnenden De-minimis-Beihilfen sind ebenfalls anzugeben. Im Zuge von Unternehmensaufspaltungen werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen gewährt wurden. Ist dies nicht möglich, so sind De-minimis-Beihilfen unter den neuen Unternehmen anteilig auf Basis des Buchwerts des Eigenkapitals aufzuteilen.

3. Erklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen und etwaig mit ihm im Sinne der De-minimis-Verordnungen relevant verbundene Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren:

keine folgende

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten habe/haben:

- Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen² (im Folgenden Allgemeine-De-minimis-Beihilfen genannt),
- Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor³ (im Folgenden Agrar-De-minimis-Beihilfen genannt),

¹ Bei Beteiligungsprogrammen ist die Anlage vom Beteiligungsnehmer, bei Contracting-Vorhaben i.d.R. vom Contracting-Geber auszufüllen und zu unterschreiben.

² Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013.

³ Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 24. Dezember 2013.

- Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor⁴ (im Folgenden Fisch-De-minimis-Beihilfen genannt),
- Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen⁵ (im Folgenden DAWI-De-minimis-Beihilfen genannt), sofern diese in der Summe einen Beihilfewert von mehr als 300.000 EUR aufweisen (**bitte nur den 300.000 EUR übersteigenden Betrag angeben**).

Datum des Bewilligungsbescheids/der Zusage	Beihilfegeber	Aktenzeichen	Beihilfewert in EUR

Mir/uns ist bekannt, dass die Angaben in den Ziffern 1. und 3. subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich verpflichte mich, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir diese bekannt werden.

Ort, Datum

Stempel/rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers¹

⁴ Amtsblatt der EU Nr. L 190/45 vom 28. Juni 2014.

⁵ Amtsblatt der EU Nr. L 114/8 vom 26. April 2012.

Kumulierungserklärung des Endkreditnehmers/Beteiligungsnehmers (Beihilfeempfängers)

Bestätigung zur Einhaltung der Beihilfeobergrenze

Mit dem ERP-/KfW-Darlehen bzw. dem Zuschuss bzw. der Beteiligung aus dem ERP-Startfonds erhalten Sie eine Beihilfe i. S. des EU-Beihilferechts.

Das Beihilferecht erlaubt die Vergabe von Beihilfen an Unternehmen in engen Grenzen nach verschiedenen Regelungen (z. B. De-minimis, Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung [AGVO]). Jede Regelung bestimmt in Abhängigkeit von z. B. der Größe des Unternehmens oder dem Vorhabensort eine Obergrenze für gewährte Beihilfen für ein bestimmtes Vorhaben. Erhält ein Unternehmen für dieselben förderfähigen Kosten des Vorhabens mehrere Beihilfen von einer oder mehreren beihilfegewährenden Stellen (z. B. Zuschüsse, Bürgschaften, Förderdarlehen), so muss sichergestellt werden, dass bei Addition aller gewährten Beihilfen (Kumulierung) die gemäß den EU-Beihilferegelungen zulässige Beihilfeobergrenze nicht überschritten wird. Näheres zu den beihilferechtlichen Kumulierungsbestimmungen finden Sie im KfW-Merkblatt "Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen" (Bestellnummer 600 000 0065).

Die Höhe der gewährten Beihilfen (Subventionswerte), die zugrundeliegenden Beihilferegelungen und die diesbezüglich geltende Beihilfeobergrenze erhält der Antragsteller von der jeweiligen beihilfegewährenden Stelle.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, folgende Erklärung gegenüber Ihrer Hausbank vor Abruf der Darlehensmittel/des Zuschusses bzw. gegenüber der KfW vor Abruf der Beteiligungsmittel/des Zuschusses abzugeben:

Antragsteller: _____

Vorhabensort: _____

Hiermit bestätige ich, dass ich bzw. das Unternehmen für das in der Kreditzusage/Zuschusszusage/Beteiligungszusage genannte Vorhaben

- ausschließlich diese eine Beihilfe erhalten bzw. beantragt habe/hat.
- mehrere Beihilfen der KfW oder weitere Beihilfen anderer Fördermittelgeber für dieselben förderfähigen Kosten für das Vorhaben erhalten bzw. beantragt habe/hat. Ich versichere, dass alle für dieselben förderfähigen Kosten des Vorhabens erhaltenen Beihilfen unter Berücksichtigung des Subventionswertes des/r ERP-/KfW-Darlehen/s/des Zuschusses/ der Beteiligung aus dem ERP-Startfonds und der Subventionswerte für dieselben förderfähigen Kosten der anderen Beihilfegeber für das in der Zusage genannte Vorhaben die höchstzulässige Beihilfeobergrenze nicht überschreiten. Im Falle einer Überschreitung der zulässigen Beihilfeobergrenze aufgrund der Gewährung mehrerer Beihilfen ist die KfW an die Kreditzusage/Zuschusszusage/Beteiligungszusage nicht mehr gebunden. Für diesen Fall verpflichte ich mich, die mit dem ERP-/KfW-Darlehen/dem Zuschuss/der Beteiligung gewährte Beihilfe unverzüglich zurückzuzahlen.

Mir ist bekannt, dass die vorstehenden Angaben subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionsgesetz sind.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers mit Firmenstempel

SELBSTAUSKUNFT

Angaben zur Person	Antragsteller / Kreditnehmer / Bürge	Ehegatte
Vorname und Zuname, Geburtsname		
Geburtsdatum / Geburtsort		
Staatsangehörigkeit		
Straße, Hausnummer		
Postleitzahl, Wohnort		
Telefon-Nr.		
E-Mail-Adresse		
Beruf / letzte ausgeführte Tätigkeit		
Arbeitgeber		
Anzahl / Alter der unterhaltsberechtigten Personen		
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Lebensgemeinschaft	
Güterstand	<input type="checkbox"/> gesetzlich (Zugewinnnem.) <input type="checkbox"/> Gütertrennung <input type="checkbox"/> Gütergemeinschaft	
Wohnverhältnis	<input type="checkbox"/> Eigentum <input type="checkbox"/> Miete <input type="checkbox"/> bei Eltern/Familienangehörigen wohnend	

Jährliche Einnahmen	<input type="checkbox"/> brutto <input type="checkbox"/> netto	
		€
1. Nicht selbstständiger Arbeit		€
2. Selbstständiger Arbeit		€
3. Gewerbebetrieb		€
4. Kapitalvermögen		€
5. Vermietung & Verpachtung		€
6. Land- u. Forstwirtschaft		€
7. Einkünfte Ehegatte Anzahl Gehälter		€
8. Gesetzliches Kindergeld / Unterhalt		€
9. Sonstige Einnahmen (bitte erläutern) _____		€
Summe Einnahmen jährlich		€

Jährliche Ausgaben		€
1. Zinsen und Tilgung auf bestehende Kredite/ Darlehen, Leasingraten		€
2. Gebäudeunterhaltung oder Miete		€
3. Beiträge für Lebens-/Rentenversicherungen/ Vorsorge/ KV		€
4. Sonstige Versicherungen		€
5. Beiträge Sparverträge/ Bausparen		€
6. Kfz-Kosten (ohne Versicherung)		€
7. Unterhaltszahlungen		€
8. Lebenshaltungskosten		€
9. Sonstige Ausgaben (z.B. Steuern, bitte erläutern) _____		€
Summe Ausgaben jährlich		€

Vermögen	in €	Verbindlichkeiten	in €
1. Immobilien/ Haus und Grundbesitz Anschrift 1.1 1.2 1.3 (Detailinformationen siehe Folgeseite)		1. Grundpfandrechtlich besicherte Kredite und Darlehen (Restschuld) Kreditinstitut Verwendungszweck 1.1 1.2 1.3	
2. Geld- und Kapitalvermögen: Kreditinstitut Anlageprodukt (z.B. Bau-/Sparguthaben, Wertpapiere) 2.1 2.2 2.3 (Bitte Nachweise beifügen)		2. Raten-/Konsumentenkredite/ Leasingverbindlichkeiten (Restschuld) Kreditinstitut Verwendungszweck 2.1 2.2 2.3	
3. Versicherungsansprüche (Rückkaufswerte LV) (Detailinformationen siehe Folgeseite)		3. Steuern (Kfz, EKST etc. bitte erläutern)	
4. Gesellschaftsanteile/ Beteiligungen/ Betriebsvermögen 4.1 4.2		4. Übernommene Bürgschaften gegenüber Grund/Anlass 4.1 4.2	
5. Sonstiges Vermögen (Kredit/Darlehensforderungen, Sachwerte etc.) 5.1 5.2 5.3		5. Sonstige Zahlungsverpflichtungen 5.1 5.2 5.3	
Vermögen insgesamt	€	Verbindlichkeiten insgesamt	€

Immobilienvermögen					
lfd. Nr.	Eigentümer	Objektart (unbebaut, ETW, EFH ...)	Baujahr/ Modernisierung/ Sanierung	Größe und Wohn-/ Nutzfläche	Belastungen/ Eintragungen im Grundbuch (Abt. II und III)
1.1					
1.2					
1.3					

Versicherungsansprüche aus Kapitallebens-/ Rentenversicherungen						
lfd. Nr.	Versicherungsnehmer	Versicherung	Fälligkeit	Jahresbeitrag	Rückkaufswert	Bereits Sicherheit für Darlehen?
1.1						<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.2						<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.3						<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Ich versichere hiermit, dass ich alle gemachten Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe. Insbesondere habe ich keinerlei Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten verschwiegen oder hinzugefügt.

Mir ist bekannt, dass falsche Angaben im Rahmen dieser Selbstauskunft eine Täuschung im Sinne des Betrugstatbestandes gemäß § 263 StGB darstellen.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich weiterhin, dass weder bei mir noch bei meinem Ehepartner Insolvenz- oder Vergleichsverfahren anhängig sind oder waren und auch keine gerichtlichen Zahlungsaufforderungen, Zwangsvollstreckungen, Aufforderung zur Abgabe einer Vermögensauskunft gemäß § 802c ZPO, Lohn- und Gehaltspfändungen, Scheck- und Wechselproteste vorliegen bzw. vorgelegen haben und dass weder bei mir noch bei meinem Ehepartner innerhalb der letzten 12 Monate Kreditkündigungen erfolgt sind, noch Zahlungsrückstände bestehen bzw. bestanden haben.

Die Einwilligungserklärung gem. §4 BDSG bezüglich der Erhebung, Verarbeitung, Übermittlung und Nutzung personenbezogener Daten habe ich zur Kenntnis genommen und stimme dieser ausdrücklich zu.

Ort/Datum

Unterschrift Antragsteller

Unterschrift Ehegatte

Ratingfragebogen etablierte Unternehmen

(Unternehmen mit einem Alter von über 3 Jahren und mindestens zwei vollständigen Jahresabschlüssen)

Kunde: _____ Gründungsdatum: _____

Basis: Jahresabschlussunterlagen per _____ .20

Anzahl der Beschäftigten* _____ (*Pflichtfeld/Angabe in Vollzeitäquivalenten zum aktuellen Stand)

Antwort:	Frage:
1	<u>Qualifikation und persönliches Umfeld des Managements</u>
1.1.	Sind die Vermögens- und Ertragsverhältnisse im privaten Bereich geordnet?
<input type="checkbox"/>	1.1.1. Keine Informationen erhältlich
<input type="checkbox"/>	1.1.2. Verhältnisse sind nicht ausgeglichen
<input type="checkbox"/>	1.1.3. Verhältnisse sind noch ausgeglichen
<input type="checkbox"/>	1.1.4. Verhältnisse sind geordnet

2	<u>Unternehmensstruktur und Organisation</u>
2.1.	Inwieweit sind die organisatorischen Unternehmensstrukturen den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst worden?
<input type="checkbox"/>	2.1.1. Unternehmerische Organisationsstrukturen sind nicht angemessen angepasst
<input type="checkbox"/>	2.1.2. Unternehmerische Organisationsstrukturen sind ausreichend angepasst oder Anpassung nicht notwendig
2.2.	Inwieweit sind kaufmännische und technische Aufgabenbereiche innerhalb der Unternehmensführung verteilt?
<input type="checkbox"/>	2.2.1. Konzentriert auf eine Person (zu komplex)
<input type="checkbox"/>	2.2.2. Konzentriert auf eine Person (aufgrund der branchenspezifischen Besonderheit jedoch ausreichend)
<input type="checkbox"/>	2.2.3. Gut verteilt mit Einschränkungen (sinnvolle Trennung mit guter Kommunikation)
<input type="checkbox"/>	2.2.4. Gut verteilt (sinnvolle Trennung mit sehr guter Kommunikation)
2.3.	Unternehmerische Informationspolitik (Jahresabschluss bzw. E/Ü-Rechnung)
<input type="checkbox"/>	2.3.1. Ausbleibend (über 12 Monate nach Stichtag)
<input type="checkbox"/>	2.3.2. Zögerlich (9 bis 12 Monate)
<input type="checkbox"/>	2.3.3. Normal (6 bis 9 Monate)
<input type="checkbox"/>	2.3.4. Zeitnah (bis einschließlich 6 Monate)
2.4.	Ist die Vertretung bzw. Nachfolge im Unternehmen geregelt?
<input type="checkbox"/>	2.4.1. Vertretung/Nachfolge ist nicht geregelt
<input type="checkbox"/>	2.4.2. Vertretung/Nachfolge ist geregelt aber vertraglich noch nicht abschließend fixiert
<input type="checkbox"/>	2.4.3. Keine grundsätzliche Notwendigkeit, da Antragsteller unter 50 Jahre oder mehrere gleichberechtigte Gesellschafter das Unternehmen führen
<input type="checkbox"/>	2.4.4. Vertretung/Nachfolge ist geregelt und vertraglich fixiert
2.5.	Offenheit (Verhalten) in der Informationspolitik
<input type="checkbox"/>	2.5.1. Zurückhaltend, erst nach mehrmaliger Aufforderung erhält man die gewünschten Unterlagen/Informationen
<input type="checkbox"/>	2.5.2. Angemessen, nach Aufforderung erhält man die Unterlagen/Informationen umgehend
<input type="checkbox"/>	2.5.3. Korrekt, die gewünschten Unterlagen/Informationen werden unaufgefordert zugesandt

3 **Rechnungswesen, Controlling und Risikomanagement**

3.1. Kontoführungsinformationen

- 3.1.1. Regelmäßige Überziehung der Kreditrahmen sowie schleppende Zahlungseingänge
- 3.1.2. Es liegen vereinzelt Informationen über Zahlungsverzögerungen vor
- 3.1.3. Zahlungen wie Zins, Tilgung und Provision erfolgen pünktlich und ohne jegliche Verzögerung

3.2 Wurden Abweichungen hinsichtlich der Umsatz- und Ertragsplanungen realisiert?

- 3.2.1. Die Abweichung vom Plan liegt außerhalb +/-20%
- 3.2.2. Die Abweichung vom Plan liegt zwischen +/-5 % und +/- 20%.
- 3.2.3. Die Abweichung vom Plan liegt innerhalb +/-5 %
- 3.2.4. Für die aktuelle abgelaufene Periode wurde keine Planung erstellt

3.3. Wie ist die Umsatzentwicklung des Unternehmens im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum auf Basis der aktuellen betriebswirtschaftlichen Auswertung einzuschätzen?

- 3.3.1. Negativ
- 3.3.2. Stagnierend
- 3.3.3. Positiv
- 3.3.4. Frage nicht relevant

3.4. Wie ist die Entwicklung des EBT (Periodenergebnis + Ertragssteuern) des Unternehmens im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum auf Basis der aktuellen betriebswirtschaftlichen Auswertung einzuschätzen?

- 3.4.1. Negativ
- 3.4.2. Stagnierend
- 3.4.3. Positiv
- 3.4.4. Frage nicht relevant

4 **Unternehmerische Funktionsbereiche**

4.1. Wie hoch wird die Abhängigkeit zu den einzelnen Abnehmern/Kunden eingeschätzt?

- 4.1.1. Hohe Konzentration auf einzelne Kunden (Umsatzanteil des wichtigsten Kunden über 50%)
- 4.1.2. Leichte Konzentration auf einzelne Kunden (Umsatzanteil des wichtigsten Kunden über 25% bis 50%)
- 4.1.3. Tendenziell ausgeglichene Kundenstruktur (Umsatzanteil des wichtigsten Kunden über 10% bis 25%)
- 4.1.4. Ausgeglichene Kundenstruktur (Umsatzanteil des wichtigsten Kunden bis 10%)

4.2. Wie wird die Wettbewerbssituation eingeschätzt?

- 4.2.1. Verdrängungswettbewerb – erkennbarer Preisdruck
- 4.2.2. Überschaubarer (regionaler) Wettbewerb
- 4.2.3. Kein erkennbarer Preisdruck – qualitativer Wettbewerb

5 **Investitions- und Finanzierungsvorhaben**

5.1. Strategie-, Investitions- und Finanzierungskonzepte

- 5.1.1. Unvollständige und nur ansatzweise Konzepte vorhanden
- 5.1.2. Unvollständige Konzepte vorhanden
- 5.1.3. Umfangreiche jedoch lückenhafte Konzepte vorhanden
- 5.1.4. Umfangreiche Konzepte vorhanden
- 5.1.5. Nicht vorhabenbezogenes Folgerating

5.2. Ist der Finanzierungsbedarf des Vorhabens vollständig dargestellt?

- 5.2.1. Lückenhafte Auflistung der Kosten
- 5.2.2. Angemessene Berücksichtigung der Gesamtkosten
- 5.2.3. Berücksichtigung der Gesamtkosten und der Reserven
- 5.2.4. Zum Zeitpunkt des Folgeratings werden Folgekosten nicht angemessen berücksichtigt
- 5.2.5. Zum Zeitpunkt des Folgeratings ist kein weiterer Finanzbedarf zu berücksichtigen

5.3. Wie hoch ist die Quote der Eigenmittel zur Durchführung des Vorhabens?

- 5.3.1. Anteil der Eigenmittel 0%
- 5.3.2. Anteil der Eigenmittel 0% bis 5%
- 5.3.3. Anteil der Eigenmittel über 5% bis 10%
- 5.3.4. Anteil der Eigenmittel über 10% bis 20%
- 5.3.5. Anteil der Eigenmittel über 20%
- 5.3.6. Nicht vorhabenbezogenes Folgerating

5.4. Wie wird die Planung der Erträge beurteilt?

- 5.4.1. Der Planung liegt eine sehr optimistische Prognose der zu erwartenden Erträge zugrunde
- 5.4.2. Der Planung liegt eine realistische (branchendurchschnittliche) Prognose der zu erwarteten Erträge zugrunde
- 5.4.3. Der Planung liegt eine vorsichtige Prognose der zu erwartenden Erträge zugrunde
- 5.4.4. Die Planung der Erträge ist nicht bekannt

5.5. Erscheint, unter Berücksichtigung der sonstigen laufenden Aufwendungen des Unternehmens, die Kapitaldienstfähigkeit sichergestellt?

- 5.5.1. Nur, wenn die sehr optimistische Planung der Erträge tatsächlich realisiert werden kann
- 5.5.2. Auch bei Eintritt des realistischen Szenarios ist die Kapitaldienstfähigkeit nicht gefährdet
- 5.5.3. Selbst bei vorsichtiger Planung der Erträge ist die Kapitaldienstfähigkeit nicht gefährdet
- 5.5.4. Die Kapitaldienstfähigkeit ist selbst bei optimistischer Planung/Einschätzung nicht sichergestellt

Finanzierungswunsch an die SIKB gewünschtes Produkt:

Turnusgemäße Bonitätsprüfung

Ansprechpartner Hausbank:

Telefon-Nr.:

Ort, Datum

Unterschrift und Stempel Hausbank

Saarländische Investitionskreditbank AG
 Vertriebsmanagement
 Franz-Josef-Röder-Str. 17, 66119 Saarbrücken
 Telefon-Nr. 0681/3033-0
 Fax-Nr. 0681/3033-100

